



Jahresziele 2003

der eidgenössischen Departemente und der Bundeskanzlei

gemäss Art. 51 Regierungs- und
Verwaltungsorganisationsgesetz
vom 21. März 1997

(Bundesratsbeschluss vom 18. Dezember 2002)

Inhalt

Einleitung	1
------------------	---

Jahresziele 2003 der eidgenössischen Departemente und der Bundeskanzlei

– Bundeskanzlei	2
– Departement für auswärtige Angelegenheiten	4
– Departement des Innern	10
– Justiz- und Polizeidepartement	20
– Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport	25
– Finanzdepartement	30
– Volkswirtschaftsdepartement	33
– Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation	37

Anhang 1: Die Ziele des Bundesrats im Jahr 2003 – Überblick	41
--	----

Anhang 2: Wichtigste geplante Parlamentsgeschäfte im Jahr 2003	44
---	----

Einleitung

Gemäss Artikel 51 RVOG planen die Departemente ihre Tätigkeiten im Rahmen der Gesamtplanungen des Bundesrats (Legislaturplanung, Jahresziele). Die Bundeskanzlei unterstützt den Bundesrat bei diesen Planungs- und Koordinationsarbeiten (vgl. Art. 30, 32 RVOG).

Die jährliche Planung der Departemente umfasst nicht nur die eigenen Ziele, sondern sie muss auch die Ziele des Bundesrats für das entsprechende Jahr einbeziehen. Für die Ziele der Departemente sind diese selber verantwortlich. Den Departementen steht es folglich frei, die Ziele des Bundesrats innerhalb des gesetzten Rahmens zu differenzieren – und vor allem umzusetzen – oder sie ohne Änderungen in den departementalen Katalog aufzunehmen. Ebenso wird der Katalog der Jahresziele des Bundesrats um zusätzliche, hauptsächlich in den Zuständigkeitsbereich der Departemente fallende Geschäfte, erweitert.

Die inhaltliche Abstimmung spiegelt sich auch in der Form wider. Damit sich die Kommunikation auf Regierungs- und Departementsebene einfacher gestaltet, wurde eine einheitliche und zusammenfassende Darstellung der Ziele der Departemente und der zu ihrer Umsetzung vorgesehenen Massnahmen gewählt. Somit kann ein schneller Überblick über die geplanten Aktivitäten gewonnen werden.

Die Jahresziele 2003 der eidgenössischen Departemente und der Bundeskanzlei bilden die Grundlage für den Bericht des Bundesrates über Schwerpunkte der Verwaltungsführung 2003 (Geschäftsbericht – Band II), den der Bundesrat im Frühjahr 2004 verabschieden wird.

ZIELE FÜR DAS JAHR 2003

Bundeskanzlei

Jahresziele 2003	Massnahmen 2003 <small>* basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2003</small>
<u>Ziel 1</u> Fristgerechte und korrekte Durchführung der Nationalratswahlen	<ul style="list-style-type: none">- Der Wahlbericht des Bundesrates ist fristgerecht erstellt und dem Nationalrat zur Genehmigung unterbreitet- Alle Beschwerden sind frist- und sachgerecht instruiert
<u>Ziel 2</u> Optimales Verfahren zur Legislaturplanung	<ul style="list-style-type: none">- Die Klausur des Bundesrates vom 29. Januar 2003 ist einwandfrei vorbereitet und erfolgreich durchgeführt- Die Abstimmung von Sach- und Finanzplanung ist in Zusammenarbeit mit dem EFD effizient erfolgt- Die Anhörung der Kantone auf Regierungsebene ist einwandfrei vorbereitet und erfolgreich durchgeführt
<u>Ziel 3</u> E-Government: Aufschaltung des Guichet virtuel www.ch.ch und Ermöglichung konkreter Pilotversuche zu vote électronique	<ul style="list-style-type: none">- www.ch.ch ist für alle ohne Zulassungsbeschränkung auf dem Internet zugänglich und läuft stabil*- Eine Informationskampagne für www.ch.ch ist durchgeführt und ein Evaluationsbericht liegt vor*- Eine Bedürfnisanalyse für den Bereich des E-Government ist durchgeführt- Dem Bundesrat sind Gesuche aus den Kantonen Genf, Neuenburg und/oder Zürich um Durchführung eines Pilotprojektes mit vote électronique rechtzeitig unterbreitet- Die Konzeption zur wissenschaftlichen Begleitung und Auswertung aller Pilotversuche zu vote électronique ist erstellt und verabschiedet

<p><u>Ziel 4</u> Vorbereitung der 200-Jahr-Feierlichkeiten der Bundeskanzlei</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Der virtuelle Rundgang durch die Geschichte der Bundeskanzlei ist termingerecht realisiert und steht den Interessierten auf der Website der Bundeskanzlei zur Verfügung – Bis Mitte Mai 2003 ist die Ausstellung über die Bundeskanzlei im Käfigturm eröffnet
<p><u>Ziel 5</u> Neukonzeption der Informationssysteme der Bundeskanzlei</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Geschäftsleitung hat aufgrund der Analyse des Gesamtsystems den Variantenentscheid getroffen – Zukunftssichere Standardlösungen für das Aktenverwaltungs- und Workflow-Management sind evaluiert – Die Realisierung und Umsetzung einer zentralen Dokumentenablage und eines Aktenverwaltungs- und Workflow-Managements hat in Zusammenarbeit mit den Departementen begonnen
<p><u>Ziel 6</u> Revision des Publikationsgesetzes</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zur Revision des Publikationsgesetzes ist vom Bundesrat verabschiedet*
<p><u>Ziel 7</u> Revision Vernehmlassungsverfahren</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die revidierte Vernehmlassungsverordnung ist vom Bundesrat verabschiedet

ZIELE FÜR DAS JAHR 2003

Departement für auswärtige Angelegenheiten

Jahresziele 2003	Massnahmen 2003 <small>* basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2003</small>
<p><u>Ziel 1</u> Konkretisierung der bundesrätlichen Europapolitik</p>	<ul style="list-style-type: none">– Die neuen bilateralen Verhandlungen Schweiz – EU (Bilaterale II) sind abgeschlossen*– Die Anpassung der Verträge Schweiz – EU hinsichtlich der EU-Osterweiterung ist vorbereitet– Die ersten Erfahrungen mit der Umsetzung der sieben Verträge Schweiz – EU von 1999 (Bilaterale I) sind ausgewertet– Die Botschaft zur Ratifikation der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung ist vom Bundesrat verabschiedet*
<p><u>Ziel 2</u> Konkretisierung der UNO-Politik und Mitgestaltung zentraler UNO-Aktivitäten</p>	<ul style="list-style-type: none">– Die mittelfristige Planung der inhaltlichen UNO-Schwerpunkte ist nachgeführt*– Die mittelfristige Kandidaturplanung in den verschiedenen UNO-Gremien ist vom Bundesrat verabschiedet*– Strukturen und Abläufe sind im Lichte der Erfahrungen an der 57. Session der UNO-Generalversammlung optimiert*– Ein systematischer Dialog über die operationelle Zusammenarbeit im Bereich der zivilen Friedensförderung und von "peace support operations" (PSO) wurde mit den zuständigen UNO-Stellen geführt– Die angestrebte Mitgliedschaft der Schweiz in der UNO-Menschenrechtskommission ist mit gezielten Massnahmen vorbereitet, die Ausrichtung und die Schwerpunkte innerhalb der Menschenrechtskommission sind weiterentwickelt

	<ul style="list-style-type: none"> – Die Fortsetzung gezielter Sanktionen im Rahmen der UNO ist gesichert – Die Koordination der internationalen Aktivitäten im Rahmen des "UNO-Jahres des Wassers 2003" ist gewährleistet
<p><u>Ziel 3</u> Klärung der konzeptionellen Grundlagen und Ausbau der Aktivitäten im Bereich zivile Friedensförderung, Menschenrechte und menschliche Sicherheit</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Öffentlichkeitsarbeit auf dem Gebiet der zivilen Friedensförderung und der Menschenrechte ist durch konkrete Massnahmen verstärkt. Eine Kurzfassung der Botschaft über einen Rahmenkredit für Massnahmen zur zivilen Konfliktbearbeitung und Menschenrechtsförderung ist realisiert – Die Erarbeitung eines "Leitbildes Friedenspolitik", welches die Formulierung von bereichsübergreifenden, friedenspolitisch kohärenten Strategien ermöglicht, ist aufgenommen – Die Vorbereitung und Teilnahme an der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Konferenz 2003 ist aktiv unterstützt worden – Die Umsetzung des Konditionalitätsprinzips ist nochmals hinsichtlich seiner kohärenten Anwendung überprüft
<p><u>Ziel 4</u> Weiterführung des Einsatzes für das humanitäre Völkerrecht</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Schweizer Vorschläge für die Einhaltung des humanitären Völkerrechts im Nahen Osten sind in die internationalen Friedensbemühungen integriert und konkretisiert – Interventionen zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts sowie Demarchen zu dessen Anwendung sind insbesondere im Rahmen der UNO konsequent vorgenommen – Massnahmen zur Förderung des humanitären Völkerrechts im Rahmen des euro-atlantischen Partnerschaftsrats (EAPC) und der Partnerschaft für den Frieden (PfP) sind ergriffen – Die Botschaft betreffend das Zweite Protokoll zum Haager Übereinkommen zum Schutze von Kulturgütern in bewaffneten Konflikten ist vom Bundesrat verabschiedet*

	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft über die Revision des Übereinkommens von 1980 über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen ist vom Bundesrat verabschiedet*
<p><u>Ziel 5</u> Sicherung der politischen Unterstützung und der finanziellen Grundlage der Entwicklungszusammenarbeit</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern (Rahmenkredit 2004–2007) ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die interessierte Öffentlichkeit ist über Inhalt und Ziele der Botschaft informiert und eine Kurzfassung der Botschaft ist publiziert
<p><u>Ziel 6</u> Weiterentwicklung und Koordination der Entwicklungspolitik</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Kohärenz von entwicklungspolitisch relevanten Aktivitäten ist sichergestellt – Leitlinien für die Entwicklungszusammenarbeit sind erarbeitet
<p><u>Ziel 7</u> Umsetzung der Resultate der multilateralen Grosskonferenzen 2002</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Das internationale Engagement der Schweiz ist gemäss den Übereinkommen der Konferenzen von Doha, Monterrey und Johannesburg (inkl. UNO-Jahr der Berge 2002) ausgebaut und den neuen Herausforderungen angepasst*
<p><u>Ziel 8</u> Weiterführung des koordinierten Einsatzes der Schweiz in den folgenden Schwerpunktregionen: Südosteuropa, Mittelmeerregion und Zentralasien</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die aussenpolitische Südosteuropa-Strategie der Schweiz ist weiter umgesetzt. Die Zusammenarbeitsprogramme mit den südosteuropäischen Staaten sind weitergeführt und Teilresultate sind erzielt – Die Weiterführung der Präsenz von Zivilpolizisten in Bosnien-Herzegowina ist gesichert, der Swisscoy-Einsatz ist unterstützt, wenn nötig mit Anpassung des Auftrags – In Umsetzung des Regionalkonzeptes für die Mittelmeerregion sind die Beziehungen der Schweiz zu den Staaten des Mittelmeerbekens ausgebaut

	<ul style="list-style-type: none"> – Die Zusammenarbeitsprogramme mit den Staaten Zentralasiens sind unter Einschluss der Friedensförderung weitergeführt – Die politischen Kontakte insbesondere mit den Mitgliedstaaten der Stimmrechtsgruppe in den Bretton Wood Institutionen sind weitergeführt
<p><u>Ziel 9</u> Ausbau der konzeptionellen Grundlagen in einigen besonderen Regionen</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Zur Führung einer koordinierten Politik gegenüber den Staaten Lateinamerikas ist ein Regionalkonzept "Lateinamerika" erarbeitet und eine regionale Botschafterkonferenz ist in Lateinamerika durchgeführt – Zur Weiterentwicklung einer koordinierten Politik gegenüber den afrikanischen Staaten ist der Entwurf für ein Regionalkonzept "Afrika" interdepartemental bereinigt
<p><u>Ziel 10</u> Förderung der Präsenz und des Erscheinungsbildes der Schweiz im Ausland</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Für die Erstbeurteilung bei aussergewöhnlichen und Krisensituationen ist ein Instrument aufgebaut und eine Checkliste erarbeitet – Ein Konzept betreffend Information der schweizerischen Vertretungen über wichtige Ereignisse in der Schweiz ist erarbeitet und implementiert – Die Botschaft zum Beitritt der Schweiz zum International Institute for Democracy and Electoral Assistance ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Präsenz der Schweizerinnen und Schweizer in internationalen Organisationen ist gefördert

<p><u>Ziel 11</u> Unterstützung der schweizerischen Sitzstaatpolitik für internationale Organisationen und für die Durchführung internationaler Konferenzen</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die schweizerischen Positionen für die Vorbereitung des Weltgipfels Informationsgesellschaft sind erarbeitet* – Der Weltgipfel über die Informationsgesellschaft ("World Summit on Information Society") ist sichergestellt und die Schweiz hat sich an den Verhandlungen beteiligt* – Die Botschaft betreffend die Finanzierung einer Anleihe an die Immobilienstiftung für internationale Gebäude (FIPOI) für den Bau eines neuen Gebäudes für die WHO und die UNAIDS in Genf ist vom Bundesrat gutgeheissen – Die Botschaft zur Ratifikation des Übereinkommens Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals ist vom Bundesrat verabschiedet*
<p><u>Ziel 12</u> Förderung der Sicherheit, der Abrüstung und des Kampfs gegen den Terrorismus durch verstärkte internationale Zusammenarbeit</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Eine Projektorganisation im Hinblick auf die Durchführung konkreter Abrüstungsaktionen der Schweiz insbesondere in Russland ist aufgebaut, die Entscheidung über die durch die Schweiz zu unterstützenden Projekte insbesondere in Russland ist getroffen, Verhandlungen mit Russland und allfälligen weiteren Partnern sind aufgenommen – Die Koordination und Kommunikation der Massnahmen der Bundesverwaltung zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus und der Wirtschaftskriminalität sind verbessert
<p><u>Ziel 13</u> Erstellung eines Jahresberichtes über die Tätigkeiten des EDA</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Der erste Jahresbericht des EDA ist vom Bundesrat verabschiedet

<p><u>Ziel 14</u> Weiterentwicklung der Personalpolitik in den Karrierediensten und der Organisation des Ausendienstes</p>	<p>– Die Massnahmen im Sinne der Empfehlungen des Berichtes der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates sind gemäss den Vorgaben des Bundesrates bzw. der Stellungnahme des Departements umgesetzt resp. die Umsetzung ist im Gang</p>
<p><u>Ziel 15</u> Regelung der Verhältnisse der Gemeinde Campione zur Schweiz insgesamt, insbesondere Einbezug in das schweizerische Zollgebiet</p>	<p>– Die Botschaft zum Staatsvertrag mit Italien betreffend die Enklave Campione ist vom Bundesrat verabschiedet*</p>
<p><u>Ziel 16</u> Föderalismusbericht</p>	<p>– Der Bericht in Erfüllung von Po. 01.3160 ist erstellt*</p>

ZIELE FÜR DAS JAHR 2003

Departement des Innern

Jahresziele 2003	Massnahmen 2003 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2003
<p><u>Ziel 1</u> Neuer Hochschulartikel in der Bundesverfassung</p>	<ul style="list-style-type: none">– Die Projektorganisation ist gestützt auf die Ergebnisse der Vernehmlassung zu einem neuen Hochschulartikel angepasst, der Entwurf überarbeitet und das neue Hochschulgesetz liegt im Entwurf vor– Die Botschaft zum neuen Hochschulartikel ist vom Bundesrat verabschiedet*
<p><u>Ziel 2</u> Umsetzung der Revision des ETH-Gesetzes</p>	<ul style="list-style-type: none">– Die Anpassung des Verordnungsrechts, insbesondere der Verordnung ETH-Bereich und der Organisationsverordnung EDI, ist umgesetzt– Der Leistungsauftrag 2004–2007 für den ETH-Bereich ist vorbereitet
<p><u>Ziel 3</u> Positionierung der Schweiz im Europäischen Forschungsraum (ERA) und im europäischen Bildungsraum</p>	<ul style="list-style-type: none">– Weiterführung der Verhandlungen mit der EU: Die Möglichkeiten der Schweiz im EU-Bildungsraum sind erweitert– Die Schweizer Anliegen zum Europäischen Bildungsraum sind über die "Follow up-Group" in den Bologna-Prozess eingebracht– Die Möglichkeiten der Schweiz im Europäischen Forschungsraum sind durch COST erweitert– Der Vertrag zwischen der Schweiz und der EU zum 6. EU-Forschungsrahmenprogramm ist in Kraft gesetzt– Information und Beratung sind der integralen Beteiligung an den EU-Forschungsrahmenprogrammen angepasst

	<ul style="list-style-type: none"> – Die Verordnung über die Verteilung der Mittel für flankierende Massnahmen und die projektweise Beteiligung ist erstellt
<p><u>Ziel 4</u> Harmonisierung Personenregister und Schaffung von Personenidentifikatoren</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vernehmlassung zum Bundesgesetz zur Harmonisierung der kommunalen und kantonalen Einwohnerregister und anderer Register ist abgeschlossen* – Der Bundesrat hat von den Ergebnissen Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen Beschluss gefasst* – Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen zur Schaffung eines oder mehrerer Personenidentifikatoren entschieden*
<p><u>Ziel 5</u> Erstellung des statistischen Mehrjahresprogramms 2003 bis 2007</p>	<ul style="list-style-type: none"> – In Zusammenarbeit mit der Bundesstatistikkommission, den Statistikstellen des Bundes und den regionalen statistischen Stellen sowie den Expertengruppen ist das statistische Mehrjahresprogramm erstellt – In Zusammenarbeit mit der EFV ist das statistische Mehrjahresprogramm mit dem Finanzplan des Bundes abgestimmt
<p><u>Ziel 6</u> Auswertung der Volkszählung 2000 (VZ)</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die definitiven Datensätze der Volkszählung 2000 stehen bereit – Die Ergebnisse der Volkszählung (Grundauswertungen) sind veröffentlicht
<p><u>Ziel 7</u> Aufbau eines Verkehrsobservatoriums</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Das Verkehrsobservatorium für die Umsetzung von Artikel 45 des bilateralen Landverkehrsabkommens mit der EU ist operativ (in Zusammenarbeit mit dem BAV)
<p><u>Ziel 8</u> Monitoring des bilateralen Abkommens "Freier Personenverkehr" mit der EU</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die schweizerische Arbeitskräfteerhebung ist mit einer Ausländerstichprobe ergänzt – Die Lohnstrukturerhebung ist umfangmässig stark erweitert

<p><u>Ziel 9</u> Vorbereitung der längerfristigen Weiterentwicklung der Altersvorsorge</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Im Rahmen des Forschungsprogramms zur 12. AHV-Revision liegt die Zusammenstellung der Ergebnisse aus den drei Teilstudien vor: Entwicklung der AHV / Altersvorsorge, Arbeitsmarkt und Partizipation, Finanzierung – Der Bundesrat hat vom Schlussbericht Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen festgelegt
<p><u>Ziel 10</u> Agenda berufliche Vorsorge: Herausforderungen erkennen und Lösungsvorschläge erarbeiten</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Hinsichtlich der Verstärkung der Oberaufsicht und der direkten Aufsicht über die Vorsorgeeinrichtungen liegen Grundlagenpapiere vor, welche auch Schlussfolgerungen zu möglichen Rechtsformen der Vorsorgeeinrichtungen enthalten. Der Bundesrat hat eine Einschätzung des Handlungsbedarfs auf der Basis der Resultate vorgenommen* – Die Anlagesituation im Bereich der beruflichen Vorsorge sowie das Verhalten der Vorsorge- und Versicherungseinrichtungen sind laufend beobachtet worden. Der Bundesrat hat von der aktuellen finanziellen Lage der Vorsorge- sowie der Versicherungseinrichtungen Kenntnis genommen
<p><u>Ziel 11</u> Mindestzinssatz BVG: Anwendung und Konsolidierung des neuen Prüfverfahrens</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Das Departement hat dem Bundesrat erstmals über die Höhe des Mindestzinssatzes BVG nach dem neuen, in Artikel 12a und 12b BVV 2 festgelegten Verfahren Bericht erstattet – Den im Rahmen der Parlamentsdebatten aufgeworfenen Fragen zu Handlungsfeldern (z. B. finanzielle Situation der Vorsorgeeinrichtungen) ist mit einem transparenten Verfahren grösstmöglichst Rechnung getragen worden

<p><u>Ziel 12</u> Finanzierung der Pflege</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Finanzierung der Pflegeleistungen im Bereich der Langzeitpflege ist in struktureller Hinsicht überprüft. Ein Konzept für eine Neuregelung ist unter Einbezug aller Sozialversicherungszweige und weiterer Finanzierungsträger erarbeitet
<p><u>Ziel 13</u> KVG: Erarbeitung der Grundlagen für die 3. Teilrevision</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die aufgrund der Diskussion des Bundesrates vom 22. Mai 2002 als langfristig zu verfolgenden Reformschritte in den Bereichen Managed Care, Spitalfinanzierung, Aufhebung Kontrahierungszwang und Kostenbeteiligungsmodelle sind analysiert und die entsprechenden Rechtsgrundlagen erarbeitet. Der Schlussbericht zuhanden des Bundesrates liegt im Sommer 2003 vor* – Der Bundesrat hat über Grundsätze für eine Reform im Bereich der obligatorischen Krankenpflegeversicherung entschieden*
<p><u>Ziel 14</u> TARMED: Aufbau einer Begleitorganisation für die Einführung</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Tarifpartner werden die Einzelleistungstarifstruktur für ärztliche Leistungen TARMED auf den 1. Januar 2004 umsetzen. Das Departement verfügt bis Mitte 2003 über die Grundlagen, um die im Vertrag angelegte Kostenneutralitätsphase begleiten zu können (einschliesslich Entscheidungsgrundlagen für die Beurteilung von Taxpunktwerten sowie für die Plausibilisierungsüberprüfung von Kostenfolgenabschätzungen)
<p><u>Ziel 15</u> Systempflege KVG</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zu einem Bundesbeschluss über die Festlegung der Bundesbeiträge für die individuelle Prämienverbilligung in der Krankenversicherung für die Jahre 2004–2007 ist erarbeitet und durch den Bundesrat verabschiedet für den Fall, dass der entsprechende Beschluss vom Parlament nicht im Rahmen der laufenden KVG-Teilrevision gefasst wird*

	<ul style="list-style-type: none"> – Eine Vernehmlassung zu den Änderungen der KVV ist durch das Departement durchgeführt. Die Änderungen betreffen insbesondere die Voraussetzungen, unter welchen Ärztinnen und Ärzte Analysen in eigenen Praxislabors durchführen können – Die Berichte zur Transparenz der Reserven der Krankenkassen (in Erfüllung des Po. SGK-SR 01.3423 Transparenz der Reserven der Krankenkassen), über Zahlungsausstände in der Krankenversicherung (in Erfüllung des Po. Zisyadis Josef 01.3260 Krankenversicherung. Zahlungsrückstände) und über die Einheitskrankenkasse (in Erfüllung des Po. SGK-NR 99.3009 Durchführung der Krankenversicherung und des Po. Robbiani Meinrado 01.3722 Einheitskrankenkasse) sind vom Bundesrat verabschiedet*
<p><u>Ziel 16</u> Familienpolitik</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bericht über die Situation der Familien (in Erfüllung der Empfehlung Stadler 00.3662 Familienpolitik in der Schweiz. Bericht) ist vom Bundesrat verabschiedet – Das Impulsprogramm Anstossfinanzierung für familienergänzende Kinderbetreuung ist in Kraft gesetzt
<p><u>Ziel 17</u> Militärversicherung</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vernehmlassung zu einer Teilrevision des Bundesgesetzes über die Militärversicherung ist abgeschlossen und die Botschaft vom Bundesrat verabschiedet* – Die eidgenössische Rehabilitationsklinik Novaggio ist per 1. Juli 2003 vom Bund an den Ente ospedaliero cantonale des Kantons Tessin übertragen

<p><u>Ziel 18</u> Suchtprävention und Förderung der Gesundheit</p>	<ul style="list-style-type: none">– Die Botschaft zur Ratifikation des Protokolls über Wasser und Gesundheit zum Übereinkommen der ECE/UNO von 1992 zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen ist vom Bundesrat verabschiedet*– Eine Planung der Revisionen der Lebensmittelgesetzgebung liegt vor. Die Grundarbeiten sind aufgenommen worden– Der Bundesrat hat sich zum Vorschlag einer ständigen politischen Plattform der Nationalen Gesundheitspolitik geäußert*– Der Bundesrat hat von einer Strategie zur psychischen Gesundheit im gesamtschweizerischen Kontext Kenntnis genommen und zu denjenigen Elementen Stellung bezogen, die seinen Kompetenzbereich betreffen– Die Vernehmlassung zum Verordnungsrecht zur Einschränkung der Strafverfolgungspflicht im Rahmen des revidierten Betäubungsmittelgesetzes ist eröffnet– Das neue Finanzierungsmodell der Therapieinstitutionen (FiSu) ist am 1. Januar 2003 in Kraft getreten, mit der Möglichkeit einer rückwirkenden Beteiligung der Kantone bis Ende 2003– Das Verordnungsrecht Chemikalien ist so weit bereinigt, dass der Bundesrat das Chemikaliengesetz im Jahr 2005 in Kraft setzen kann
--	---

<p><u>Ziel 19</u> Weiterentwicklung der Humanmedizin</p>	<ul style="list-style-type: none">– Die Vernehmlassung zum Vorentwurf eines Gesetzes über die Forschung am Menschen ist eröffnet*– Das Gesetz über die Forschung an überzähligen Embryonen und embryonalen Stammzellen einschliesslich der Ausführungsgesetzgebung ist in Kraft gesetzt*– Die Botschaft zum Bundesgesetz über die universitären Medizinalberufe ist vom Bundesrat verabschiedet*– Die Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die psychologischen Berufe ist durchgeführt*– Vernehmlassungsergebnisse sowie erläuternder Bericht zur Pandemie-Verordnung liegen vor. Die ämterkonsultation zur überarbeiteten Pandemie-Verordnung ist durchgeführt– Im Rahmen der Massnahmen des Bundes gegen Bioterrorismus hat das EDI gewährleistet, dass die Arbeiten zusammen mit dem VBS für ein B-Kompetenznetzwerk vorangetrieben und ein entsprechendes Krisenmanagement aufgebaut worden sind
<p><u>Ziel 20</u> Gesetzgebungsarbeiten im Gesundheitsbereich</p>	<ul style="list-style-type: none">– Die Vernehmlassung zum zweiten Paket von Verordnungen des Bundesrats und des Departements zum Heilmittelgesetz ist im Frühjahr eröffnet. Die Verordnungen sind im November durch den Bundesrat bzw. das Departement verabschiedet, damit sie am 1. Januar 2004 in Kraft treten können

<p><u>Ziel 21</u> Förderung und Vermittlung der Kultur in der Schweiz</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vernehmlassung zum Kulturförderungsgesetz (Umsetzung Artikel 69 BV) ist eröffnet* – Der Zahlungsrahmen für die Stiftung Pro Helvetia in den Jahren 2004–2007 ist vom Bundesrat verabschiedet* – Der Bericht über die Umsetzung von Artikel 69 BV im Bereich der Musikausbildung (in Erfüllung der Mo. Bangerter Käthi 99.3528, Mo. Danioth Hans 99.3502 Förderung der Musikausbildung und Po. Suter Marc 98.3473 Eidg. Akademie der musischen Künste) ist vom Bundesrat verabschiedet*
<p><u>Ziel 22</u> Erhaltung des schweizerischen Kulturgutes</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Dem Departement liegt ein Konzept vor, das unter der Berücksichtigung der neuen Medien für die betroffenen Bundesinstitutionen klärt, welche Informationen im Sinne des nationalen Gedächtnisses gesammelt und zugänglich gemacht werden, eine geeignete Organisation mit Kompetenzordnung vorsieht und Vorschläge zum weiteren Vorgehen macht (nationale Memo-Politik) – Der Zahlungsrahmen für die Stiftung "Bibliomedia Schweiz" (Schweizerische Volksbibliothek) in den Jahren 2004–2007 ist vom Bundesrat verabschiedet* – In Zusammenarbeit mit dem BBL ist der Bericht für das Bauprojekt eines zweiten Tiefmagazins der Schweizerischen Landesbibliothek erstellt
<p><u>Ziel 23</u> Förderung der Verständigung zwischen den Landesteilen</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zu einem Sprachengesetz ist vom Bundesrat verabschiedet*

<p><u>Ziel 24</u> Bekämpfung des funktionalen Analphabetismus (Illettrismus)</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Dem Departement liegt ein Konzept vor, welches die Form und den Inhalt für ein Netzwerk der wichtigsten Akteure in der Prävention und in der Bekämpfung des Illettrismus festlegt (in Erfüllung des Po. Widmer Hans 00.3466 Funktionaler Analphabetismus. Bericht)*
<p><u>Ziel 25</u> Gewährleistung der Rechenschaftsfähigkeit des Bundes und der rechtsstaatlich bedeutsamen Nachvollziehbarkeit des Verwaltungshandelns</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Anstrengungen zugunsten einer zuverlässigen elektronischen Aktenführung in der Bundesverwaltung sind im Rahmen der KIG-Projekte intensiviert – Die Weisungen über die Aktenführung in der Bundesverwaltung sind umgesetzt – Die Arbeiten an der Strategie und an praktischen Verfahren für die elektronische Archivierung sowie für die online-Nutzung des Archivguts sind fortgeführt
<p><u>Ziel 26</u> Gleichstellung von privatrechtlich Angestellten und Bundespersonal bei Diskriminierungsstreitigkeiten und Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Der Entwurf der Botschaft zur Revision des Gleichstellungsgesetzes betreffend die Gleichstellung von privatrechtlich Angestellten und Bundespersonal bei Diskriminierungsstreitigkeiten (Art. 13 Abs. 3 GIG) ist in Zusammenarbeit mit dem EJPD und dem EFD erarbeitet – Die Beobachtungen des CEDAW-Ausschusses über die Umsetzung des UNO-Übereinkommens über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau durch die Schweiz sind verbreitet
<p><u>Ziel 27</u> Integriertes Gleichstellungskonzept (Gender Mainstreaming)</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vorschläge der interdepartementalen Arbeitsgruppe "Folgearbeiten zur 4. UNO-Weltfrauenkonferenz von Beijing" zuhanden der Generalsekretärenkonferenz sind auf Departementsebene umgesetzt (Information, Sensibilisierung, Weiterbildung, Controlling und Evaluation)

<p><u>Ziel 28</u> Bekämpfung der Gewalt</p>	<p>– Die Fachstelle zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ist etabliert. Auf die Motion der Spezialkommission 00.016 NR, welche Massnahmen zur Intensivierung des Kampfs gegen die Gewalt gegenüber Frauen verlangt, liegt eine Antwort vor, die den laufenden Arbeiten Rechnung trägt</p>
---	---

ZIELE FÜR DAS JAHR 2003

Justiz- und Polizeidepartement

Jahresziele 2003	Massnahmen 2003 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2003
<p><u>Ziel 1</u> Die Arbeiten an der Justizreform werden fortgesetzt</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vernehmlassung zur Vereinheitlichung des Zivilprozessrechts ist eröffnet* – Der Bundesrat hat die Ergebnisse der Vernehmlassung für eine schweizerische Strafprozessordnung zur Kenntnis genommen – Eine provisorische Infrastruktur für das Bundesstrafgericht ist auf den 31.12.2003 in Bellinzona bereitgestellt – Die Arbeiten zur Erstellung eines definitiven Gebäudes in Bellinzona sowie in St. Gallen für das Bundesverwaltungsgericht sind weitergeführt worden
<p><u>Ziel 2</u> Die Integrationspolitik wird weiter konkretisiert. Der Vollzug im Asylbereich und die internationale Zusammenarbeit werden institutionell breiter abgestützt</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Teilrevision der Integrationsverordnung ist verabschiedet – Die Prioritäten für das Integrationsförderungsprogramm 2004–2006 sind gesetzt – Massnahmen zur Verbesserung der Vollzugssituation im Rückkehrbereich sind beschlossen und umgesetzt – Die Botschaft über den Beitritt zum Zentrum zur Entwicklung der internationalen Migrationspolitik (International Centre for Migration Policy Development – ICMPD) ist vom Bundesrat verabschiedet*

<p><u>Ziel 3</u> Die Mittel der internationalen Justiz- und Polizeizusammenarbeit werden erweitert</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Verhandlungen zu Schengen / Dublin sind abgeschlossen und die Umsetzungsarbeiten begonnen – Die Botschaft zum Staatsvertrag über die Zusammenarbeit mit Europol ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Botschaft zum zweiten Zusatzprotokoll zum Europäischen Übereinkommen im Bereich der Rechtshilfe in Strafsachen ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Botschaft betreffend den Vertrag zwischen der Schweiz und Frankreich über die Ergänzung des Europäischen Auslieferungsabkommens vom 13. Dezember 1957 und die Erleichterung seiner Anwendung ist vom Bundesrat verabschiedet – Der Bundesrat hat Kenntnis genommen von den Strategien für die bilaterale Polizeizusammenarbeit (Kooperationsstrategie) und vom Polizeiverbindungsbeamtenkonzept
<p><u>Ziel 4</u> Die Grundlagen zur internationalen Zusammenarbeit für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität werden ausgebaut</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zum Strafrechts-Übereinkommen des Europarats gegen die Korruption ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Vernehmlassung zum UNO-Übereinkommen gegen transnationale organisierte Kriminalität sowie zu den Zusatzprotokollen gegen Menschenhandel und Menschen-smuggel ist eröffnet*
<p><u>Ziel 5</u> Lagegerechte Verbesserung der organisatorischen Rahmenbedingungen der inneren Sicherheit</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Im Rahmen der Umsetzung der Effizienzvorlage ist die erste Zweigstelle in Betrieb, für zwei weitere die Planung abgeschlossen – Der Planungswettbewerb für den Neubau ist abgeschlossen – Die Koordinationsstelle gegen Menschenhandel und Menschen-smuggel hat ihre Tätigkeit aufgenommen

<p><u>Ziel 6</u></p> <p>Die Zusammenarbeit an den Schnittstellen im kriminalpolizeilichen Bereich mit den Kantonen wird konkretisiert und verbessert</p>	<ul style="list-style-type: none">- Der Bundesrat hat vom Schlussbericht USIS Kenntnis genommen*- Die Vernehmlassung zur Schaffung der Rechtsgrundlage für die polizeiliche Datenbearbeitung (Nationaler Polizeiindex) ist eröffnet- Der PPS-Ausschuss ist eingesetzt, hat sich konstituiert und die Arbeit aufgenommen. Das nationale Portfolio "Polizeiliche Informationsverarbeitung" ist erstellt, priorisiert und vom Bundesrat zur Kenntnis genommen- Die Botschaft zum Bundesgesetz über Massnahmen gegen Rassismus und Hooliganismus ist vom Bundesrat verabschiedet*- Der Bundesrat hat vom Ergebnis der Überprüfung des BWIS insbesondere im Hinblick auf die Themen Extremismus / Terrorismus Kenntnis genommen und das Vernehmlassungsverfahren ist eröffnet*- Der Bericht in Erfüllung des Postulates 02.3059 (Christlichdemokratische Fraktion. Extremismus-Bericht. Aktualisierung) ist vom Bundesrat verabschiedet*- Die Bundesaufgaben an den internationalen Grossanlässen (WEF Davos, G8 Evian, WSIS Genf etc.) im Schutz- und Nachrichtendienst sind sichergestellt und deren Erfüllung ist innerhalb der beteiligten Bundesstellen, zusammen mit den Kantonen und dem Ausland koordiniert*- Die Botschaft zur Änderung des Waffengesetzes ist vom Bundesrat verabschiedet*
--	--

<p><u>Ziel 7</u> Die strafgesetzlichen Grundlagen werden präzisiert</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vernehmlassung zur Teilrevision StGB (Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamten) ist abgeschlossen – Die Vernehmlassung zur Teilrevision des StGB (Frauenhandel) ist eröffnet – Der Bericht zur Konvention des Europarates über den strafrechtlichen Umweltschutz (in Erfüllung des Po. APK-N 00.3004) ist vom Bundesrat verabschiedet*
<p><u>Ziel 8</u> Corporate Governance: Konkretisierung der Massnahmen zur Vertrauensbildung in die Wirtschaft</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Überarbeitung des Rechnungslegungsrechts gemäss Entscheiden des Bundesrates ist eingeleitet – Vom Schlussbericht der Expertengruppe "Corporate Governance" ist Kenntnis genommen worden und daraus folgende Massnahmen sind beschlossen – Die Vorarbeiten für eine gesetzliche Transparenzpflicht für Kaderlöhne sind abgeschlossen
<p><u>Ziel 9</u> Die Versicherungsaufsicht wird überprüft und Vorschläge zur einer Neuorganisation ausgearbeitet</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zur Revision des Versicherungsaufsichtsgesetzes und des Versicherungsvertragsgesetzes ist vom Bundesrat verabschiedet – Die Task-Force zur Neuausrichtung der Versicherungsaufsicht ist operativ

<p><u>Ziel 10</u> Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden weiter optimiert</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vernehmlassung zur Einführung einer Sozialplanpflicht ist eröffnet – Die Vernehmlassung zur Totalrevision des Lotteriegesetzes ist abgeschlossen – Von den Ergebnissen der Vernehmlassung zum Haftpflichtrecht ist Kenntnis genommen worden – Die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Vernehmlassung zu einer Änderung des ZGB im Immobiliarsachen- und Grundbuchrecht ist eröffnet* – Vom Schlussbericht zum elektronischen Grundstückinformationssystem ist Kenntnis genommen worden
<p><u>Ziel 11</u> Die Beziehung der Bevölkerung zu den Behörden wird verbessert</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zum Öffentlichkeitsgesetz ist vom Bundesrat verabschiedet*
<p><u>Ziel 12</u> Das Vormundschaftsrecht wird überarbeitet. Schutz und Selbstbestimmung werden dabei verhältnismässig geregelt</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vernehmlassung zur Totalrevision des Vormundschaftsrechts ist eröffnet – Die Vernehmlassung zu einem Bundesgesetz über das Verfahren im Erwachsenen- und Kinderschutz ist eröffnet
<p><u>Ziel 13</u> Die Entwicklung und Einführung einer amtlichen, digitalen Identität werden überprüft und konkretisiert</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Konzept, Vorentwurf und Begleitbericht zur Einführung einer elektronischen Identitätskarte liegen vor

ZIELE FÜR DAS JAHR 2003

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Jahresziele 2003	Massnahmen 2003 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2003
<p><u>Ziel 1</u> Die Planungen der Reformen Armee XXI, Bevölkerungsschutz und VBS XXI sind abgeschlossen und bereit für die Umsetzung</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Teilrevisionen des Militärgesetzes und des neuen Bevölkerungsschutz- und Zivilschutzgesetzes sind in Kraft gesetzt – Die Strukturen der Armee XXI, des Bevölkerungsschutzes und des VBS XXI sind konzipiert und bereit für die Umsetzung ab 1.1.2004*
<p><u>Ziel 2</u> Die Information und Kommunikation sind ausgerichtet auf die Bedürfnisse der Öffentlichkeit, der Behörden und des VBS</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Informationen (extern) und die Kommunikation (intern) über die Umsetzung der Reformprojekte VBS sind auf Stufe Departement koordiniert – Die Information über politisch relevante Themen ist ausschliesslich auf Stufe Departement erfolgt
<p><u>Ziel 3</u> Die Ressourcensteuerung in den Bereichen Personal, Finanzen und Informatik ist auf die Bedürfnisse der Reformprojekte des VBS ausgerichtet</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Ressourcenplanungen in den Bereichen Personal, Finanzen und Informatik sind aufgrund der Weisungen des Bundesrates und des Chef VBS erfolgt – Das Ressourcencontrolling der Departementsbereiche ist in den Fachbereichen GS VBS zusammengefasst und auf Stufe VBS konsolidiert

<p><u>Ziel 4</u> Das Personalmanagement wird ziel- und wirkungsorientiert auf die Reformprojekte des VBS ausgerichtet</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Veränderungsprozesse sind durch systematische Personalentwicklung und Information sowie ein professionelles Personalcontrolling nachhaltig unterstützt – Der Kadernachwuchs ist durch ein auf der Grundlage des Management Development VBS basierendes Auswahl- und Ernennungsverfahren in qualitativer und quantitativer Hinsicht sichergestellt – Der Personalumbau und –abbau ist nach den Grundsätzen der Personalmigration erfolgt
<p><u>Ziel 5</u> Das VBS erfüllt seine Verpflichtungen als Eigner der bundeseigenen Aktiengesellschaften RUAG und als Teileigner von skyguide</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Eignerstrategie der Firma RUAG ist nach den Weisungen des Bundesrates gehandhabt worden – Die Eignerstrategie der Firma skyguide ist nach den Weisungen des Bundesrates gehandhabt worden
<p><u>Ziel 6</u> Die räumliche Umsetzung von Armee XXI mittels Sachplan Militär ist abgeschlossen</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Prozesse im Immobilienmanagement VBS sind überprüft und aufgrund des Sachplans Militär umgesetzt – Das Konzept über die Abfederung der regionalen Auswirkungen von Armee XXI und VBS XXI ist vorgelegt
<p><u>Ziel 7</u> Die Instrumente für die Ausübung der Funktion einer Vorgabestelle gegenüber den Departementsbereichen des VBS bezüglich Sicherheitspolitik sind eingeführt</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Rahmenbedingungen für die Umsetzung der Sicherheitspolitik sind in einem Dokument "mittelfristige Streitkräfteentwicklung" festgehalten

<p><u>Ziel 8</u> Das VBS nutzt die Kooperation mit anderen Staaten und internationalen Organisationen, um zur internationalen Stabilität, vor allem in Europa, beizutragen</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die drei Genfer Zentren haben einen international beachteten und mit der Schweiz assoziierten sicherheitspolitischen Beitrag geleistet – Die bewaffnete, personell und materiell verstärkte Swisscoy hat die KFOR unterstützt – Die Botschaft zum Bundesbeschluss über die Schweizer Beteiligung an der KFOR ist verabschiedet* – Die Militärbeobachter-Experteneinsätze zugunsten der UNO und OSZE sowie der Einsatz der NNSC in Korea sind in ungefähr gleichem Ausmass fortgeführt – Die Unterstützungsprojekte für Albanien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien sind im bisherigen Rahmen und Umfang weitergeführt – Die militärischen Unterstützungsprojekte in den baltischen Staaten und auf dem Balkan sind im Rahmen des EAPC sowie des Stabilitätspaktes für Südosteuropa wie bisher weitergeführt – Der Bericht über die Finanzierung von Instituten der Friedensförderung (in Erfüllung des Po. 00.3353) ist vom Bundesrat verabschiedet*
<p><u>Ziel 9</u> Die Armee ist bereit und fähig, auch während ihrer Reform die ihr von der Bundesverfassung, vom Sicherheitspolitischen Bericht 2000 und vom Leitbild zugewiesenen Aufgaben im Rahmen der differenzierten Bereitschaft bedrohungsgerecht zu erfüllen</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Start von A XXI per 1.1.2004 sind geschaffen – Die Führungsstrukturen A 95 sind in die Führungsstrukturen V XXI überführt* – Die Armee hat über genügend Berufs- und Zeitmilitär zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben verfügt – Die Planung der Liquidation in den Bereichen Material und Infrastruktur ist auf die Bedürfnisse der A XXI ausgerichtet

	<ul style="list-style-type: none"> – Für die Legislatur 2004–2007 ist ein Dokument "mittelfristige Streitkräfteentwicklung" erarbeitet – Die Bereitschaft für die Leistung von subsidiären Einsätzen ist sichergestellt* – Der Aufbau eines B-Kompetenznetzwerks und eines ABC-Kompetenzzentrums ist konzeptionell abgeschlossen
<p><u>Ziel 10</u> Der Bevölkerungsschutz ist bereit und fähig, auch während seiner Reform die ihm von der Bundesverfassung, vom Sicherheitspolitischen Bericht 2000 und vom Leitbild zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Der Departementsbereich Bevölkerungsschutz ist strukturell konzipiert und bereit für die Umsetzung ab 1.1.2004* – Der Handlungsbedarf beim Aufbau des Bevölkerungsschutzes ist definiert und die Umsetzung in den Kantonen eingeleitet
<p><u>Ziel 11</u> Die Phase I des Konzeptes des Bundesrates für eine Sportpolitik in der Schweiz ist realisiert</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die bereits umgesetzten Teile des laufenden Sportanlagenkonzeptes sind evaluiert und die Notwendigkeit einer dritten Finanzierungsbotschaft für das nationale Sportanlagenkonzept (NASAK 3) ist geprüft* – Das erste Massnahmenpaket zur allgemeinen Bewegungs- und Sportförderung in der Schweiz ist umgesetzt – Die Leistungsvereinbarung und das Globalbudget mit Swiss Olympic sind umgesetzt – Das Sportwissenschaftliche Forschungskonzept (inkl. Observatorium) ist entwickelt
<p><u>Ziel 12</u> Der Departementsbereich Beschaffung und Technologie ist bereit, die gestützt auf den Sicherheitspolitischen Bericht und das Armeeleitbild erlassene neue Rüstungs- und Beschaffungspolitik umzusetzen</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Der Departementsbereich Beschaffung und Technologie ist strukturell konzipiert und bereit für die Umsetzung ab 1.1.2004 – Die Organisation und Steuerung des W+T-Netzwerkes im VBS ist entwickelt

<p><u>Ziel 13</u> Die neue Materialwirtschaft des VBS leistet einen signifikanten Beitrag zur Reduktion des Umlaufvermögens</p>	<p>– Die Umsetzung der Materialbewirtschaftung auf Stufe VBS ist eingeleitet</p>
<p><u>Ziel 14</u> Revision der Abgeltung der amtlichen Vermessung</p>	<p>– Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*</p>

ZIELE FÜR DAS JAHR 2003

Finanzdepartement

Jahresziele 2003	Massnahmen 2003 <small>* basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2003</small>
<u>Ziel 1</u> Integrierte Finanzmarktaufsichtsbehörde	<ul style="list-style-type: none">– Der Expertenbericht inkl. Harmonisierungsbestimmungen sowie Anpassungen der Spezialgesetze liegen vor– Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen entschieden und die Folgearbeiten sind initiiert*
<u>Ziel 2</u> Revision Bundesgesetz über die Anlagefonds	<ul style="list-style-type: none">– Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*
<u>Ziel 3</u> Neues Rechnungsmodell Bund	<ul style="list-style-type: none">– Die Botschaft zur Revision des Finanzhaushaltsgesetzes ist vom Bundesrat verabschiedet*
<u>Ziel 4</u> Entlastungsprogramm	<ul style="list-style-type: none">– Das konferenzielle Vernehmlassungsverfahren ist durchgeführt und das Entlastungsprogramm zum Bundeshaushalt ist vom Bundesrat inhaltlich bereinigt*
<u>Ziel 5</u> Währungshilfegesetz	<ul style="list-style-type: none">– Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*
<u>Ziel 6</u> Vollzug des Geldwäschereigesetzes	<ul style="list-style-type: none">– Der Anwendungsbereich ist konkretisiert– Die Totalrevision der Verordnung über die Sorgfaltspflichten ist vom Bundesrat verabschiedet

<p><u>Ziel 7</u> Nachrichtenlose Vermögen</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Bericht und Gesetzesentwurf der Expertenkommission liegen vor
<p><u>Ziel 8</u> PUBLICA</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Migration ist per 01.06.2003 erfolgt – Die Auflösung der Eidg. Versicherungskasse als Bundesamt und die Integration der Vermögensverwaltung sind vollzogen
<p><u>Ziel 9</u> Reform II der Unternehmensbesteuerung</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*
<p><u>Ziel 10</u> Zeitliche Bemessung bei den direkten Steuern der natürlichen Personen</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*
<p><u>Ziel 11</u> Biersteuergesetz</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*
<p><u>Ziel 12</u> Bilaterale Abkommen</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Das Abkommen zwischen der Schweiz und der EU über die Betrugsbekämpfung ist paraphiert* – Die – je nach Verhandlungsstand Ende 2002 noch offenen – Verhandlungen in den Bereichen Finanzdienstleistungen und Besteuerung sind abgeschlossen*
<p><u>Ziel 13</u> Revision Zollgesetz</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*
<p><u>Ziel 14</u> Ökologische Steuerreform</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Der Lagebericht ist vom Bundesrat verabschiedet*
<p><u>Ziel 15</u> Verteilung Wohlstand in der Schweiz</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bericht in Erfüllung des Po. Fehr Jacqueline 01.3246 ist vom Bundesrat verabschiedet*

<p><u>Ziel 16</u> Besteuerung Mitarbeiteroptio- nen</p>	<p>– Die Botschaft ist vom Bundesrat verab- schiedet*</p>
<p><u>Ziel 17</u> Beteiligung der Schweiz an der Kapitalerhöhung der internationalen Finanzinstitutionen</p>	<p>– Die Botschaft ist vom Bundesrat verab- schiedet*</p>

ZIELE FÜR DAS JAHR 2003

Volkswirtschaftsdepartement

Jahresziele 2003	Massnahmen 2003 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2003
<p><u>Ziel 1</u> Konkretisierung der bundesrätlichen Europapolitik</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die ersten Erfahrungen mit der Unterzeichnung der sieben bilateralen Abkommen Schweiz – EU von 1999 (Bilaterale I) sind ausgewertet – Die Anpassung der Verträge Schweiz – EU bezüglich der EU-Osterweiterung ist vorbereitet – Die neuen bilateralen Verhandlungen Schweiz – EU (Bilaterale II) sind abgeschlossen*
<p><u>Ziel 2</u> Verbesserter Zugang zu den ausländischen Märkten</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft über die Revision des Bundesgesetzes zur Exportrisikogarantie ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Botschaft zur Ratifikation eines Präferenzabkommens mit den Ländern des Mittelmeerraums ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Botschaften zur Ratifikation der Freihandelsabkommen mit Kanada und mit Chile sind verabschiedet* – Die Botschaft zur Fortführung der Finanzierung der OSEC ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Botschaft zur Ratifikation des Änderungsprotokolls zum internationalen Übereinkommen vom 18. Mai 1973 zur Vereinfachung und Harmonisierung der Zollverfahren ist vom Bundesrat verabschiedet* – Das Exportförderungsdispositiv ist evaluiert

<p><u>Ziel 3</u> Umsetzung der neuen Forschungs-, Bildungs- und Technologielandschaft Schweiz</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zum neuen Hochschulartikel ist vom Bundesrat verabschiedet* – Der Bundesrat hat auf Grundlage des Berichts "Fördermöglichkeiten zur Mobilisierung bildungsferner Bevölkerungsschichten" den Handlungsbedarf geprüft*
<p><u>Ziel 4</u> Umsetzung des neuen Berufsbildungsgesetzes</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Verordnungen zum Berufsbildungsgesetz sind vom Bundesrat verabschiedet – Das Umsetzungskonzept zum neuen Berufsbildungsgesetz ist durch die Geschäftsleitung des Amtes verabschiedet – Der Bericht über die Möglichkeiten einer nachfrageorientierten Weiterbildung (in Erfüllung des Po. WBK-NR 00.3605) ist vom Bundesrat verabschiedet*
<p><u>Ziel 5</u> Optimierung des Systems der Fachhochschulen</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zur Revision des Fachhochschulgesetzes ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Genehmigung der Fachhochschulen ist auf der Basis des Berichts der EFHK vom 17. Juni 2002 und der Rahmenbedingungen des Bundesrats erneuert – Der Auftrag und die Zusammensetzung der EFHK 2004 sind genehmigt – Der Bericht über die Aufwertung der Pflegeberufe (in Erfüllung des Po. SGK-SR 02.3211) ist vom Bundesrat verabschiedet*
<p><u>Ziel 6</u> Umsetzung des Berichts "Innovationspolitik"</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bericht "Innovationspolitik" ist veröffentlicht – Die wichtigsten Massnahmen sind im Bericht der IDA-Wachstum integriert – Die neue Organisation der KTI ist operativ (Führung, Expertenpool, Controlling, Erkennen neuer Innovationspotentiale, neue thematische Schwerpunkte, usw.)

<p><u>Ziel 7</u> Stärkung des Wettbewerbs in der Schweiz</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Entscheide zu den im Bericht der IDA-Wachstum vorgeschlagenen Massnahmen sind getroffen – Die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über Risikokapitalgesellschaften ist vom Bundesrat verabschiedet* – Das neue Kartellgesetz ist umgesetzt – Die Vernehmlassung zum Entwurf zur Revision des Binnenmarktgesetzes ist eröffnet – Die Umsetzung des revidierten AVIG hat ab 1.7.2003 begonnen – Die Teilrevision der Verordnungen 1 und 2 des Arbeitsgesetzes ist genehmigt – Die Vernehmlassung zum Entwurf zur Neuausrichtung der Regionalpolitik ist eröffnet*
<p><u>Ziel 8</u> Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Landwirtschaft unter Berücksichtigung der sozialen und ökologischen Verträglichkeit</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Umsetzungsarbeiten betreffend Agrarpolitik 2007 sind beendet – Der 4. Agrarbericht, der durch entsprechende Monitoring- und Evaluationsarbeiten die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Landwirtschaft sowie die soziale und ökologische Verträglichkeit der Agrarpolitik überprüfen muss, ist veröffentlicht – Die Vorschriften und Auflagen für die Produktions- und Verarbeitungsbetriebe sind vermehrt durch die betroffenen Behörden gemeinsam kontrolliert worden
<p><u>Ziel 9</u> Verstärkung der Konsumenteninformation</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zur Revision des Konsumentenschutzgesetzes ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Schaffung des Dienstes für allgemeine Konsumgütersicherheit im Büro für Konsumentenfragen ist abgeschlossen – Die Revision der Preisangabeverordnung ist abgeschlossen (Erhöhung des Streitwertes)

<p><u>Ziel 10</u> Umsetzung der Wohnungspolitik</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Verordnung zum neuen Wohnraumförderungs-gesetz ist verabschiedet
<p><u>Ziel 11</u> Abschiessen der Vorbereitung für die Neuausrichtung des Vollzugs des Zivildienstes</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Verordnungen zum Zivildienstgesetz sind revidiert – Die Dezentralisierung der Vollzugsstelle in die verschiedenen Rekrutierungszentren der Armee ist vorbereitet
<p><u>Ziel 12</u> Pflichtlagerbericht 2003</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Risikoanalyse ist aktualisiert – Die Pflichtlagerziele für die nächsten vier Jahre sind festgelegt
<p><u>Ziel 13</u> Verstärkung der Information über die Tätigkeit des Volkswirtschaftsdepartementes</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Departements- und die Ämterwebseiten sind bezüglich Erscheinung und Navigation stärker harmonisiert – Das Corporate design des Departementes ist umgesetzt – Gemeinsame Informationsprogramme sind realisiert

ZIELE FÜR DAS JAHR 2003

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Jahresziele 2003	Massnahmen 2003 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2003
<p><u>Ziel 1</u> Weiterentwicklung und Umsetzung einer multilateralen Politik der Nachhaltigkeit</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zur Ratifikation des Göteborger Protokolls ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Botschaft zur Ratifikation der Aarhus-Konvention ist vom Bundesrat verabschiedet* – Das UN-ECE Haftpflichtprotokoll ist von der Schweiz unterzeichnet
<p><u>Ziel 2</u> Entwicklung der nationalen Umweltpolitik</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zur Änderung des Natur- und Heimatschutzgesetzes ist vom Bundesrat verabschiedet* – Der Bericht zur Prüfung von Partikelfiltern für schwere Nutzfahrzeuge (in Erfüllung des Po. Stump 99.3166) ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Änderung der Stoffverordnung SR 814.013 über Ozonschicht abbauende und in der Luft stabile Stoffe ist vom Bundesrat beschlossen (Umsetzung des Montrealer Protokolls und des Kyoto Protokolls) – Die Änderung der Stoffverordnung SR 814.013 über die Ausbringung von Klärschlamm ist vom Bundesrat beschlossen – Ein Synthesebericht zum Waldprogramm Schweiz (WAP CH) ist erstellt und erste Vorarbeiten zur Erarbeitung einer Botschaft zur Revision des Waldgesetzes sind gemacht

<p><u>Ziel 3</u> Nachhaltige Entwicklung und Agglomerationsverkehr</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Entscheidungsgrundlagen für die Umsetzung der Agglomerationspolitik (Agglomerationsverkehr, Agglomerationsprogramm und Modellvorhaben) sind vorhanden – Die Prinzipien einer kohärenten Bundespolitik für den ländlichen Raum sind definiert – Der Entwurf der Strategie Freizeitverkehr ist erarbeitet – Die Vernehmlassungsvorlage für die Revision des Sachplanes Fruchtfolgeflächen ist bereit – Das Vorgehen bezüglich der Bauten ausserhalb der Bauzonen ist definiert – Die Prinzipien für die Umsetzung der Massnahmen 13 und 22 der Strategie Nachhaltige Entwicklung sind definiert
<p><u>Ziel 4</u> Die Realisierung der Bahnprojekte schreitet fort</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vernehmlassung zur Vorlage "Bahnreform 2" ist durchgeführt* – Die Vernehmlassung zum Bundesgesetz Bahn 2000 2. Etappe ist eröffnet* – Die Botschaft über die Freigabe der gesperrten Mittel der zweiten Phase der NEAT ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Botschaft zu den Anschlüssen der Ost- und Westschweiz ans europäische Hochgeschwindigkeitsnetz (HGV) ist vom Bundesrat verabschiedet* – Der konzeptionelle Teil des Sachplans Schiene ist aufgrund der Mitwirkung überarbeitet und vom Bundesrat genehmigt* – Die Planungsbotschaft für NEAT 2 ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Botschaft zu einem neuen Seilbahngesetz ist vom Bundesrat verabschiedet*

<p><u>Ziel 5</u> Einbettung der Zivilluftfahrt in eine koordinierte Gesamtverkehrspolitik und in einen raumordnungspolitischen Rahmen</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Objektblätter zum Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt (SIL) der 2. Serie (für den Flughafen Zürich, für die übrigen Regionalflugplätze sowie für zivil mitgenutzte Militärflugplätze) sind vom Bundesrat genehmigt* – Das neue Betriebsreglement für den Flughafen Zürich ist genehmigt – Der Acquis communautaire ist durch die luftrechtlichen Beschlüsse des Gemischten Ausschusses laufend ergänzt worden
<p><u>Ziel 6</u> Sicherung einer leistungsfähigen Strasseninfrastruktur</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Arbeiten zum Aufbau von Abstellflächen ausserhalb der Autobahn sind weitergeführt worden – Der Konzeptteil zum Projekt "Sachplan Strasse" ist vom Bundesrat verabschiedet – Die Botschaft betreffend das Abkommen über den Bau einer Autobahnbrücke über den Rhein bei Rheinfelden ist vom Bundesrat verabschiedet*
<p><u>Ziel 7</u> Sicherheit im Strassenverkehr</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Der Blutalkoholgrenzwert ist auf 0,5 Promille gesenkt – Die Vision, Ziele und Strategie zu einer neuen Strassenverkehrs-Sicherheitspolitik (VE-SIPO) sind erarbeitet – Die sicherheitsbedingte Bewirtschaftung des Güterschwerverkehrs ist weitergeführt worden

<p><u>Ziel 8</u> Die Umsetzung einer markt-gerechten und ökologisch ausge-richteten Energiepolitik wird weiter vorangetrieben</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Je nach Ergebnis der laufenden Abklärungen sind neue Vorschläge für die Ordnung der Elektrizitäts- und Gasmärkte ausgearbeitet worden – Hochradioaktive Abfälle: Die Überprüfung des Entsorgungsnachweises ist eingeleitet worden – Schwach- und mittelradioaktive Abfälle: Der Entwurf eines Konzeptes für weiteres Vor-gehen liegt vor – Kernenergiehaftpflichtgesetz: Die Vernehm-lassung ist durchgeführt – Der Bericht über die Sicherheit von Atoman-lagen (in Erfüllung des Po. Teuscher 01.3588) ist vom Bundesrat verabschiedet*
<p><u>Ziel 9</u> Sicherstellung des Wettbewerbs im Fernmeldebereich und Um-setzung der Strategie Informa-tionsgesellschaft</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zur Revision des Fernmelde-gesetzes ist vom Bundesrat verabschiedet* – Der Bundesrat hat gestützt auf den 5. Bericht der Koordinationsgruppe Informationsge-sellschaft vom Stand der Umsetzung Kennt-nis genommen und über weitere Massnah-men Beschluss gefasst*
<p><u>Ziel 10</u> Reorganisation der technischen Sicherheitsaufsicht</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zum Bundesgesetz über die Kontrolle der technischen Sicherheit (Schweizerische Sicherheitsagentur) ist vom Bundesrat verabschiedet*
<p><u>Ziel 11</u> Sicherheit im Bereich Naturge-fahren</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Strategie Sicherheit im Bereich Naturge-fahren ist erarbeitet

Die Ziele des Bundesrats im Jahr 2003: Überblick

- Ziel 03-1 Verbesserung der internationalen Mitwirkung: Abschluss der neuen bilateralen Verhandlungen mit der EU (Bilaterale II) – Konkretisierung der schweizerischen UNO-Politik
- Ziel 03-2 Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit: Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern für die Jahre 2004 bis 2007
- Ziel 03-3 Verbessertes Zugang zu ausländischen Märkten: Vernehmlassung zur Revision des Exportrisikogarantiegesetzes
- Ziel 03-4 Weiterentwicklung und Umsetzung einer multilateralen Politik der Nachhaltigkeit: Umsetzung Aktionsplan Johannesburg – Beteiligung am "World Summit on Information Society" – Ratifikation des Göteborger Protokolls – Ratifikation der Aarhus-Konvention
- Ziel 03-5 Internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen organisierte Kriminalität, Terrorismus und schwerste Menschenrechtsverletzungen: Zweites Zusatzprotokoll zum Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen – Vernehmlassung zum Beitritt zum UNO-Übereinkommen gegen transnationale organisierte Kriminalität sowie zu den Zusatzprotokollen gegen Menschenhandel und Menschen schmuggel – Vernehmlassung zum Beitritt zum Strafrechtsübereinkommen des Europarates gegen die Korruption – Abkommen zwischen der Schweiz und Europol
- Ziel 03-6 Umsetzung der neuen Sicherheitspolitik "Sicherheit durch Kooperation": Umsetzung Armee XXI und Bevölkerungsschutz XXI – Schweizer Beteiligung an der multinationalen Kosovo Force (KFOR)
- Ziel 03-7 Stärkung des Bildungs- und Forschungsstandortes Schweiz: Neuer Hochschulartikel – Teilrevision des Fachhochschulgesetzes – Vernehmlassung zu einem Bundesgesetz über die Forschung am Menschen – Bundesgesetz über die Forschung an überzähligen Embryonen und embryonalen Stammzellen
- Ziel 03-8 Stärkung des Wettbewerbs in der Schweiz: Revision Fernmeldegesetz – Revision Zollgesetz – Revision Bundesgesetz über Risikokapitalgesellschaften – Revision Konsumentenschutzgesetz

- Ziel 03-9 Modernisierung wirtschaftsrechtlicher Rahmenbedingungen: Weiteres Vorgehen integrierte Finanzmarktaufsicht – Revision Bundesgesetz über die Anlagefonds – Vernehmlassung zur Teilrevision des Immobiliarsachen- und Grundbuchrechts
- Ziel 03-10 Umsetzung Finanzleitbild: Unternehmenssteuerreform II – Vorbereitung eines Spar- oder Konsolidierungspakets – Totalrevision des Bundesgesetzes über den Finanzhaushalt – Lagebericht ökologische Steuerreform und Einführung CO₂-Abgabe
- Ziel 03-11 Nachhaltige Umweltpolitik: Bundesgesetz über die technische Sicherheit – Änderung des Natur- und Heimatschutzgesetzes – Ratifikation des Protokolls über Wasser und Gesundheit
- Ziel 03-12 Nachhaltige Verkehrspolitik: Anschlüsse Ost- und Westschweiz ans europäische Hochgeschwindigkeitsnetz – Vernehmlassung 2. Etappe BAHN 2000 – Vernehmlassung Bahnreform 2 – Freigabe gesperrte Mittel der zweiten Phase der NEAT – Planungskredit Aufarbeitung Linienführung im Kanton Uri und Überprüfung der zurückgestellten NEAT-Neubaustrecken – Konzeptteil neuer Sachplan "Schiene/öffentlicher Verkehr" – Objektblätter Sachplan Infrastruktur Luft
- Ziel 03-13 Umsetzung Strategie Informationsgesellschaft: Massnahmen gegen digitale Spaltung der Gesellschaft – "Content als Querschnittaufgabe" – Öffentlicher Guichet virtuel – Schaffung von Personenidentifikatoren – Vernehmlassung zur Harmonisierung der Verwaltungsregister
- Ziel 03-14 Stärkung der staatlichen Handlungsfähigkeit: Vernehmlassung zum Vorentwurf für eine Schweizerische Zivilprozessordnung – Bundesgesetz über die Öffentlichkeit der Verwaltung
- Ziel 03-15 Weiterentwicklung Gesundheitspolitik: Grundsatzentscheid zur 3. Teilrevision der Krankenversicherung – Plattform Nationale Gesundheitspolitik – Bundesgesetz über die universitären Medizinalberufe – Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die psychologischen Berufe
- Ziel 03-16 Gewährleistung des sozialen Ausgleichs: Verstärkung der Aufsicht und Oberaufsicht über die berufliche Vorsorge
- Ziel 03-17 Gewährleistung des regionalen Ausgleichs: Vernehmlassung zur Neuausrichtung der Regionalpolitik
- Ziel 03-18 Sicherstellen des nationalen und gesellschaftlichen Zusammenhalts: Sprachengesetz – Kulturförderungsgesetz – Pro Helvetia 2004–2007 – Weiterführung des Nationalen Sportanlagenkonzepts

- Ziel 03-19 Verbesserung der internationalen Kooperation: Beitritt der Schweiz zum ICMPD
- Ziel 03-20 Wahrung der inneren Sicherheit: Bundesgesetz über Massnahmen gegen Rassismus und Hooliganismus – Vernehmlassung über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit – Schlussbericht USIS – Revision Waffengesetz – Bundesaufgaben bei internationalen Grossanlässen

Die Ziele des Bundesrats im Jahr 2003

Wichtigste geplante Parlamentsgeschäfte im Jahr 2003

(Verabschiedung pro Halbjahr)

1 Die Schweiz als Partnerin in der Welt – Chancen einer offenen und zukunftsorientierten Schweiz wahrnehmen

1.1 Aussenbeziehungen	<u>1. Halbjahr</u> 2003	<u>2. Halbjahr</u> 2003
Botschaft betreffend das 2. Protokoll zum Haager Übereinkommen zum Schutze von Kulturgüter in bewaffneten Konflikte		X
Botschaft über die Revision des Übereinkommens von 1980 über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen	X	
Botschaft zur Ratifikation des Übereinkommens über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals		X
Botschaft zur Ratifikation der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung		X
Botschaft zum Staatsvertrag mit Italien betreffend die Enklave Campione (Regelung der Verhältnisse der Gemeinde Campione zur Schweiz insgesamt, insbesondere Einbezug in das schweizerische Zollgebiet)		X
Botschaft über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern (Rahmenkredit Süd 2004–2007)	X	
Botschaft über den Beitritt der Schweiz zum International Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA)	X	
Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über die Exportrisikogarantie		X
Föderalismusbericht (in Erfüllung Po. Pfisterer 01.3160 Föderalismusbericht. Erhaltung des Föderalismus bei verschiedenen europapolitischen Optionen)		X
Botschaft zum Bundesbeschluss zur Fortführung der Finanzierung der OSEC	X	

1.1 Aussenbeziehungen	<u>1. Halbjahr</u> 2003	<u>2. Halbjahr</u> 2003
Botschaft zur Ratifizierung des Änderungsprotokolls zum internationalen Übereinkommen vom 18. Mai 1973 zur Vereinfachung und Harmonisierung der Zollverfahren (Kyoto-Übereinkommen)		X
Botschaft zur Ratifikation des Protokolls vom 30. November 1999 zum Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung, betreffend die Verringerung der Versauerung, Eutrophierung und des bodennahen Ozons (Göteborger Protokoll)		X
Botschaft zur Ratifizierung der Aarhus-Konvention und Änderung des Umweltschutzgesetzes		X
Botschaft zu Ratifikation des Transitprotokolls zum Vertrag über die Energiecharta	X	
Botschaft zur Ratifikation eines Präferenzabkommens mit den Ländern des Mittelmeerraums		X
Botschaft zu Ratifikation des Freihandelsabkommens mit Kanada		X
Botschaft zur Ratifikation der Freihandelsabkommen mit Chile		X
Botschaft über die Beteiligung der Schweiz an der Kapitalerhöhung der internationalen Finanzinstitutionen		X

1.2 Sicherheit	<u>1. Halbjahr</u> 2003	<u>2. Halbjahr</u> 2003
Botschaft zum Bundesbeschluss über die Schweizer Beteiligung an der multinationalen Kosovo Force (KFOR)	X	
Bericht über die Finanzierung von Instituten der Friedensförderung (in Erfüllung des Po. Oehrli 00.3353 Finanzierung von Instituten der Friedensförderung)	X	
Botschaft zur Ratifikation des zweiten Zusatzprotokolls zum Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen	X	
Botschaft zur Ratifikation des Strafrechtsübereinkommens des Europarates gegen die Korruption		X
Botschaft zu einem Staatsvertrag über die Zusammenarbeit mit EUROPOL	X	

2 Die Schweiz als attraktiver Werk-, Denk- und Schaffensplatz – Entfaltungschancen der kommenden Generationen sicherstellen und verbessern

2.1 Forschung und Bildung	<u>1. Halbjahr</u> 2003	<u>2. Halbjahr</u> 2003
Botschaft über einen neuen Hochschulartikel in der Bundesverfassung		X
Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Fachhochschulen		X
Bericht über den funktionalen Analphabetismus (in Erfüllung des Po. Widmer Hans 00.3466 Funktionaler Analphabetismus)	X	
Bericht über die Möglichkeiten einer nachfrageorientierten Weiterbildung (in Erfüllung des Po. WBK-NR 00.3605 Nachfrageorientierte Weiterbildung)	X	
Bericht über die Aufwertung der Pflegeberufe (in Erfüllung des Po. SGK-SR 02.3211 Aufwertung der Pflegeberufe)		X
Bericht der Interdepartementalen Arbeitsgruppe Beschäftigung-Ausbildung-Ausländische Arbeitskräfte über die Verankerung der Weiterbildung im Arbeitsrecht (in Erfüllung des Po. Rechsteiner Paul 96.3094 Weiterbildung im Arbeitsrecht)	X	

2.2 Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit	<u>1. Halbjahr</u> 2003	<u>2. Halbjahr</u> 2003
Botschaft zur Revision des Fernmeldegesetzes		X
Botschaft zur Ratifizierung des Internationalen Vertrags für pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft		X
Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über die Information der Konsumentinnen und Konsumenten		X
Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über die Risikokapitalgesellschaften		X
Botschaft zur Teilrevision Bundesgesetz über die Anlagefonds		X
Botschaft betreffend Rechtsgrundlage für die internationale Währungs Kooperation	X	
Botschaft zur Volksinitiative "Postdienste für alle"	X	
Botschaft zum Zollgesetz	X	

2.2 Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit	<u>1. Halbjahr</u> 2003	<u>2. Halbjahr</u> 2003
Botschaft zur Revision des Bundesbeschlusses über die Abgeltung der amtlichen Vermessung		X

2.3 Finanzen und Bundeshaushalt	<u>1. Halbjahr</u> 2003	<u>2. Halbjahr</u> 2003
Botschaft zur Reform II der Unternehmensbesteuerung		X
Botschaft zum Biersteuergesetz		X
Botschaft zu einem Bundesgesetz über den eidgenössischen Finanzhaushalt		X
Botschaft zur zeitlichen Bemessung bei den direkten Steuern der natürlichen Personen		X
Botschaft zur Besteuerung von Mitarbeiteroptionen		X
Bericht über die Verteilung des Wohlstandes in der Schweiz (in Erfüllung des Po. Fehr Jacqueline 01.3246 Verteilung des Wohlstandes in der Schweiz)		X
Lagebericht zum weiteren Vorgehen betreffend ökologische Steuerreform und Einführung einer CO ₂ -Abgabe		X

2.4 Umwelt und Infrastruktur	<u>1. Halbjahr</u> 2003	<u>2. Halbjahr</u> 2003
Bericht in Erfüllung des Po. 00.3004 APK-NR Ratifizierung der Konvention über den strafrechtlichen Umweltschutz	X	
Botschaft zum Bundesgesetz über die Kontrolle der technischen Sicherheit		X
Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz (Natur- und Landschaftspärke von nationaler Bedeutung)		X
Botschaft über die Freigabe der gesperrten Mittel der zweiten Phase der NEAT		X
Botschaft zu den Anschlüssen der Ost- und Westschweiz ans europäische Hochleistungs-Eisenbahnnetz		X

2.4 Umwelt und Infrastruktur	<u>1. Halbjahr</u> 2003	<u>2. Halbjahr</u> 2003
Botschaft über einen Planungskredit für die Aufarbeitung der Linienführung im Kanton Uri (Berg lang geschlossen) und die Überprüfung der zurückgestellten NEAT-Neubaustrecken, einschliesslich Finanzierung der Trassensicherung		X
Botschaft zu einem Seilbahngesetz		X
Botschaft betreffend das Abkommen zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über den Bau einer Autobahnbrücke über den Rhein zwischen Rheinfelden (Baden-Württemberg) und Rheinfelden (Aargau)	X	
Botschaft zur Ratifikation des Protokolls über Wasser und Gesundheit zum Übereinkommen der ECE/UNO von 1992 zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen		X
Bericht zur Prüfung von Partikelfiltern für schwere Nutzfahrzeuge (in Erfüllung des Po. Stump Doris 99.3166 Schwere Nutzfahrzeuge. Partikelfilter)	X	
Bericht über die Sicherheit von Atomanlagen (in Erfüllung des Po. Teuscher Franziska 01.3588 Atomanlagen. Sicherheitsbericht)	X	

2.5 Informationsgesellschaft und Medien	<u>1. Halbjahr</u> 2003	<u>2. Halbjahr</u> 2003
keine		

2.6 Staatliche Institutionen	<u>1. Halbjahr</u> 2003	<u>2. Halbjahr</u> 2003
Botschaft zum Bundesgesetz über die Öffentlichkeit der Verwaltung	X	
Botschaft zum Publikationsgesetz	X	

3 Die Schweiz als Heimat für alle ihre Bewohnerinnen und Bewohner – Identitätsraum für alle Generationen schaffen

3.1 Soziale Sicherheit und Gesundheit	<u>1. Halbjahr</u> 2003	<u>2. Halbjahr</u> 2003
Botschaft zum Bundesgesetz über die Aus-, Weiter- und Fortbildung für universitäre Medizinalberufe		X
Botschaft zu einer Teilrevision des Bundesgesetzes über die Militärversicherung		X
Bericht zur Transparenz der Reserven der Krankenkassen im Bereich Grundversicherung (in Erfüllung des Po. SGK-SR 01.3423 Transparenz der Reserven der Krankenkassen)	X	
Bericht über Zahlungsausstände in der Krankenversicherung (in Erfüllung des Po. Zisyadis Josef 01.3260 Krankenversicherung. Zahlungsrückstände)	X	
Botschaft über die Festlegung des Bundesbeitrages für die jährliche individuelle Prämienverbilligung in der Krankenversicherung für die Jahre 2004-2007		X
Bericht über eine Einheitskrankenkasse (in Erfüllung des Po. SGK-NR 99.3009 Durchführung der Krankenversicherung und des Po. Robbiani Meinrado 01.3722 Einheitskrankenkasse)	X	

3.2 Regionaler Ausgleich	<u>1. Halbjahr</u> 2003	<u>2. Halbjahr</u> 2003
Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland	X	
Dezentralisierungsbericht (in Erfüllung Po. Pfisterer Thomas 02.3065 Regionale Dienstleistungszentren der Verwaltung)		X

3.3 Gesellschaft, Kultur und Sport	<u>1. Halbjahr</u> 2003	<u>2. Halbjahr</u> 2003
Botschaft zu einem Sprachengesetz		X
Botschaft für die Finanzierung der Stiftung Pro Helvetia 2004–2007	X	
Zahlungsrahmen für die Stiftung "Bibliomedia Schweiz" (Schweizerische Volksbibliothek) in den Jahren 2004–2007	X	

3.3 Gesellschaft, Kultur und Sport	<u>1. Halbjahr</u> 2003	<u>2. Halbjahr</u> 2003
Bericht über die Umsetzung von Artikel 69 BV im Bereich der Musikausbildung (in Erfüllung der Mo. Bangerter Käthi 99.3528, Mo. Danioth Hans 99.3502 Förderung der Musikausbildung und Po. Suter Marc 98.3473 Eidg. Akademie der musischen Künste)	X	

3.4 Migration	<u>1. Halbjahr</u> 2003	<u>2. Halbjahr</u> 2003
Botschaft über den Beitritt der Schweiz zum „International Centre for Migration Policy Development (ICMPD)“	X	
Bericht des Bundesrates zur Ratifikation der IAO-Konvention Nr. 169 (in Beantwortung EA Gysin Remo 02.1069 Ratifizierung der IAO-Konvention Nr. 169. Bericht des Bundesrats)		X

3.5 Innere Sicherheit	<u>1. Halbjahr</u> 2003	<u>2. Halbjahr</u> 2003
Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über Waffen, Waffenbestandteile und Munition		X
Botschaft zum Bundesgesetz über Massnahmen gegen Rassismus und Hooliganismus	X	
Bericht in Erfüllung des Postulates Christlichdemokratische Fraktion 02.3059 Extremismus-Bericht. Aktualisierung		X